

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum
am 19.02.2015

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld,
Löschabteilung Gadderbaum/Bethel, Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:20 Uhr

Anwesend:

Frau Pfaff Bezirksbürgermeisterin

CDU

Herr Kögler stellv. Bezirksbürgermeister

Frau Maler

SPD

Frau Gerdes

Herr Heimbeck Fraktionsvorsitzender

Frau Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Brunnert

Fraktionsvorsitzender anwesend bis 20:00 Uhr, TOP 14

Frau Herting

Frau Metten-Raterink

Frau Osei

Frau Warstat

BfB

Herr Witte

FDP

Herr Spilker

Die Linke

Frau Thiel-Youssef

Entschuldigt fehlt:

Herr Weigert (CDU)

Beratende Mitglieder des Seniorenrates:

Frau Aichinger

Frau Niggeschulze

Externe Gäste/Von der Verwaltung:

Frau Höxter, Freibad Gadderbaum e.V.
Herr Dr. Gather, Schulleiter des Fr. v. Bodelschwingh-Gymnasiums

Frau Busch-Viet, Jugendamt
Herr Dörner, Amt für Verkehr

Frau Steinborn, Bezirksamt Brackwede
Frau Imkamp, Bezirksamt Brackwede, Schriftführerin

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Frau Bezirksbürgermeisterin Pfaff begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur heutigen 6. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

Änderung der Tagesordnung:

Frau Pfaff verweist auf den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion „Erhalt der Bürgerberatungsfiliale Gadderbaum durch Aufstockung der Aufgaben“ und begründet kurz die Dringlichkeit für die Erweiterung der Tagesordnung.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Tagesordnung wird aus Gründen der Dringlichkeit um den Punkt 5.5 „Erhalt der Bürgerberatungsfiliale Gadderbaum durch Aufstockung der Aufgaben“ erweitert.

-einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum**

Zu Punkt 1.1 **Parkplätze für Menschen mit Behinderungen am Ärztezentrum Deckertstraße**

Frage von Herrn Hahne in der Sitzung am 15.01.2015:

Ist es möglich, zusätzliche Behinderten-Parkplätze am Ärztezentrum Deckertstraße, z. B. in der dazugehörigen Tiefgarage, zu errichten?

Frau Pfaff teilt mit, dass sie mit Herrn Dr. Weller Kontakt aufgenommen habe, der die angesprochene Problematik intern erörtern werde. Darüber hinaus werde er Herrn Hahne persönlich ansprechen, um ggf. Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 1.2 **Fragestunde**

Fred Müller, Saronweg 41.

Kann der Bohnenbachweg als anliegerfreie Straße ausgewiesen werden?
Zur Begründung führt er an, dass es vor einiger Zeit einen Unfall mit einem Hund und einem Transporter gegeben habe. Die Straße sei zu schmal und zu unübersichtlich, weshalb sie lediglich von Anliegern genutzt werden sollte.

Frau Pfaff sichert eine Antwort der Fachverwaltung zu.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Tischvorlage:

Wohnungsmarktbericht 2014 -Stadtbezirk Gadderbaum-

Frau Pfaff teilt mit:

Einführung von Dr. Johanna Will-Armstrong als neues Mitglied des Vorstandes der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel

Am 15.02.2015 sei Dr. Johanna Will-Armstrong in der Zionskirche Bethel mit einem feierlichen Gottesdienst in ihr neues Amt eingeführt worden. Sie sei seit dem 01.01.2015 neu im sechsköpfigen Bethel-Vorstand und folge somit Pastor Bernward Wolf nach, der Ende Dezember in den Ruhestand gegangen sei.

Frau Steinborn teilt mit:

Informationsveranstaltung für die Eltern 4jähriger Kinder am 26. März 2015

Das Schulrechtsänderungsgesetz 2003 verpflichte die Kommunen, Informationsveranstaltungen für die Eltern 4jähriger Kinder durchzuführen. Diese Veranstaltung finde dieses Jahr am 26. März 2015 in der Zeit von 18.30 Uhr – 20.45 Uhr im Großen Saal des Neuen Rathauses statt.

Es würden vier Kurzvorträge zu folgenden Themen angeboten: „Sprachstandsfeststellung (u.a. mit Delfin 4) und alltagsintegrierte Sprachbildung“, „Übergang Kita – Grundschule begleiten“, „Auf dem Weg zur Inklusion. Berichte aus der Praxis“ und „Möglichkeiten der offenen Ganztagsgrundschule“ jeweils mit der Möglichkeit, im Anschluss an die Experten Fragen zu stellen.

Die Einladung werde Anfang März 2015 an die Eltern der Kinder des Geburtenjahrgangs 01.10.2010 – 30.09.2011 über die Kindertagesstätten verschickt. Außerdem werde in der Presse auf diesen Termin hingewiesen.

Eröffnungsveranstaltung Infopunkt und Bewegungswelt auf dem Johannisberg

Am Samstag, den 21.03.2015, würden der neue Infopunkt und die Bewegungswelt auf dem Johannisberg feierlich eröffnet. Eingeladen seien alle Bielefelder Bürgerinnen und Bürger, es gebe ein buntes Programm mit Führungen rund um den Johannisberg, Wanderungen und Aktionen mit Sportvereinen (z.B. Walking-Runden), zu denen sich Interessierte anschließen könnten.

Die Bezirksvertretung nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

Zu Punkt 3

Vorstellung des neuen Leiters des Fr. v. Bodelschwing-Gymnasiums (Dr. Andreas Gather)

Frau Pfaff begrüßt Herrn Dr. Andreas Gather als neuen Schulleiter des Friedrich v. Bodelschwing-Gymnasiums als Nachfolger von Herrn Lümke, der im Januar in den Ruhestand verabschiedet worden ist.

Herr Dr. Gather berichtet zu seinem beruflichen Werdegang und unterstreicht, dass er das diakonische und soziale Profil des Bethel-Gymnasiums weiter vertiefen möchte, wengleich auch der naturwissenschaftliche Bereich gestärkt werden solle. Er betont, dass ihm die Kommunikation und der Austausch mit dem Stadtbezirk sehr wichtig seien.

Im Anschluss beantwortet er Fragen aus der Mitte der Bezirksvertretung zu aktuellen Schülerzahlen, dem Einsatz von multimedialen Schulbüchern (sog. mBooks) und zur G8/G9- Debatte.

Auf Nachfrage von Herrn Brunnert führt Herr Dr. Gather an, dass die Verlegung der gymnasialen Oberstufe an die Rehwiese weiterhin geplant, aber zeitlich noch nicht absehbar sei.

Des Weiteren erinnert Herr Brunnert an ein Kinder- bzw. Jugendforum, das es in der Vergangenheit gegeben habe. Hier seien gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern und der Bezirksvertretung politische Themen aufbereitet worden.

Herr Dr. Gather begrüßt diese Idee und nimmt den Vorschlag auf.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Infopunkt Johannisberg: Haftung bei zukünftigen Bauschäden an der Außenfassade

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1063/2014-2020

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen Bd. 90/Die Grünen, CDU und SPD, sowie der Einzelvertreter von BfB und FDP:

Liegen vereinbarte definierte Entscheidungskriterien dafür vor, wann bei der Außenfassade aus Stampfbeton ein „haftungsrelevanter Bauschaden“ vorliegt und wann eine „beabsichtigte Marodierung“?

Zusatzfrage:

Wenn Entscheidungskriterien vorliegen sollten, wie lauten diese und haben sie sich in der jüngsten Vergangenheit in Bielefeld bereits als praktikabel erwiesen?

Frau Steinborn verliest dazu die Antwort des ISB:

Die Rohbauarbeiten für den Infopunkt Johannisberg (Maurer, Beton, Stampfbeton) seien auf Grundlage der gültigen gesetzlichen Regelungen der VOB, der geltenden Normen und Richtlinien sowie des kommunalen Vergaberechts ausgeschrieben, beauftragt und ausgeführt worden.

Für „vorgeblendeten Stampfbeton“ gebe es kein anerkanntes Regelwerk sowie keine Normen und Verarbeitungsrichtlinien.

Die Vergaberichtlinien würden für von den Regeln und Normen abweichende mangel- und fehlerhafte Ausführungen grundsätzlich eine Gewährleistung von 4 Jahren ab Schlussabnahme vorsehen.

In diesem Zeitraum seien vom Auftragnehmer nach Rüge und Aufforderung durch den Auftraggeber Ausführungsmängel fristgerecht und ohne Berechnung auszuführen.

Schäden durch Vandalismus, Witterung und Gebrauch (Fremdverschulden) seien durch die v. g. Regelwerke nicht abgedeckt. Für ggf. erforderliche Ausbesserungsarbeiten stehe dem Unternehmer Werklohn zu.

Herr Spilker äußert sein Unverständnis über das verwendete Material und berichtet in diesem Zusammenhang von ersten Schäden bereits im November 2014 am Besucherinformationspunkt an der Sparrenburg. Die Stellungnahme des ISB dazu lautete, dass der Stampfbeton bauphysikalisch in Ordnung wäre und darüber hinaus keine Probleme bestünden. Auch am Infopunkt Johannisberg sei jetzt schon Teil einer Ecke „herausgebrösel“, was nicht für die Haltbarkeit und Langlebigkeit des Stampfbetons spreche. Er befürchte einen „langjährigen Sanierungsschaden“ wegen ständig notwendiger Reparaturarbeiten, für den die Bielefelder Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ggf. aufkommen müssten.

Herr Brunnert führt aus, dass ihm die Antwort des ISB auf die Anfrage nicht konkret genug sei und stellt darüber hinaus folgende Zusatzfragen:

Inwiefern sind bereits im Vorfeld Absprachen zwischen Architekten, Bauherrn und ausführendem Unternehmen getroffen worden, was mögliche „Schäden“ an der Bausubstanz betrifft? Ab wann ist z. B. eine herausgebröselte Ecke ein Mangel bzw. ein Fehler, und bis wann ist es noch eine beabsichtigte bzw. in Kauf genommene „Abnutzungserscheinung“? Wenn es Absprachen gegeben hat, sind diese schriftlich festgehalten worden?

Herr Heimbeck zeigt sich irritiert über die Verarbeitung des Betons und befürchtet, dass zu große Steine verarbeitet worden sein könnten, die nicht genügend Halt und Festigkeit geben.

In der anschließenden Diskussion, an der sich Frau Herting, Frau Osei, Frau Schneider, Herr Brunnert und Herr Spilker beteiligen, geht es insbesondere um mögliche Diskrepanzen zwischen der (theoretischen) Planung des Infopunktes und der praktischen Ausführung/Errichtung des Bauwerks.

Auf Vorschlag von Herrn Witte spricht sich die gesamte Bezirksvertretung dafür aus, diesen Punkt mit Berichterstattung durch den ISB gesondert auf die nächste Tagesordnung am 19.03.2015 zu setzen.

Zu Punkt 4.2 Aktuelle Planungen "Windsor"- Gebäude an der Artur-Ladebeck-Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1071/2014-2020

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Was geschieht mit dem großen Windsor-Gebäude an der Artur-Ladebeck-Straße, wenn sich die Firma Windsor (mit Ausnahme des Outlet-Stores) zurückgezogen hat?

Frau Steinborn verliest dazu die Antwort des Bauamtes:

Planungen für das Gebäude seien nicht bekannt. Das Grundstück liege im Geltungsbereich des Bebauungsplanes III/Ga 1.1 Tp1 „Ellerbrocks Feld“. Es sei festgesetzt als Gewerbegebiet mit Nutzungsbeschränkung auf Gewerbebetriebe, die das Wohnen nicht wesentlich stören würden.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Einrichtung einer Tempo 30 km/h-Zone in den Straßen Friedrich-List-Straße, Lutterstraße und Bolbrinkersweg

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1064/2014-2020

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bd. 90/Die Grünen, CDU und SPD, sowie der Einzelvertreter von BfB und FDP:

Die Verwaltung wird beauftragt, die folgenden Straßen als Tempo 30 km/h-Zone auszuweisen:

- Lutterstraße: Haller Weg bis Werkseinfahrt der Fa. Oetker
- Bolbrinkersweg: bis zur Einmündung Friedrich-List-Straße
- Friedrich-List-Straße: ab Bolbrinkersweg bis Artur-Ladebeck-Straße

Frau Pfaff weist einleitend darauf hin, dass kurzfristig eine projektbezogene Sitzung „Tiefbau und Verkehr“ geplant sei, in der die Thematik auch nochmals in Zusammenhang mit dem Ausbaustandard der Friedrich-List-Straße aufgegriffen werden könne.

Herr Brunnert begründet anschließend den Antrag.

Frau Thiel-Youssef äußert ihre Zustimmung und unterstützt den vorliegenden Beschlussvorschlag.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die folgenden Straßen als Tempo 30 km/h-Zone auszuweisen:

- **Lutterstraße**: Haller Weg bis Werkseinfahrt der Fa. Oetker
- **Bolbrinkersweg**: bis zur Einmündung Friedrich-List-Straße
- **Friedrich-List-Straße**: ab Bolbrinkersweg bis Artur-Ladebeck-Straße

- einstimmig beschlossen -

...-

Zu Punkt 5.2 Beschilderung der sanitären Anlagen am neuen Infopunkt Johannisberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1072/2014-2020

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, die Toilettenanlage am Infopunkt Johannisberg um gut sichtbare Damen/Herren-Schilder zu vervollständigen.

Herr Brunnert begründet den Antrag.

Frau Schneider bittet darum, den Antragstext um den Zusatz „in Form von international verständlichen Symbolen“ zu ergänzen.

Anschließend fasst die Bezirksvertretung folgenden, vom ursprünglichen Antragstext abweichenden,

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, die Toilettenanlage am Infopunkt Johannisberg um gut sichtbare Damen/Herren-Schilder in Form von international verständlichen Symbolen zu vervollständigen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.3

Installation von zwei Sitzplätzen an der Straßenbahnhaltestelle Friedrich-List-Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1073/2014-2020

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bd. 90/Die Grünen, CDU, SPD, sowie der Einzelvertreter von BfB und FDP:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung bzw. moBiel, an der Haltestelle Friedrich-List-Straße wieder zwei Sitzplätze zu installieren.

Frau Schneider begründet den Antrag und weist ergänzend darauf hin, dass es statt Straßenbahnhaltestelle richtigerweise Stadtbahnhaltestelle heißen müsse.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung bzw. moBiel, an der Haltestelle Friedrich-List-Straße wieder zwei Sitzplätze zu installieren.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.4

Zurverfügungstellen einer Geschwindigkeits-Anzeigetafel für den Einsatz im Stadtbezirk Gadderbaum

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1075/2014-2020

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bd. 90/Die Grünen, CDU und SPD, sowie der Einzelvertreter von BfB und FDP:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, dem Stadtbezirk Gadderbaum ein sog. Verkehrsdisplay (auf Zeit) zur Verfügung zu stellen.

Frau Pfaff verweist auf die vorhergehenden Beratungen in den letzten Sitzungen der Bezirksvertretung und die Behandlung in der projektbezogenen Sitzung „Tiefbau und Verkehr“ am 05.02.2015. Resultat sei nun vorliegender Antrag, den sie kurz begründet.

Ohne weitere Aussprache fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, dem Stadtbezirk Gadderbaum ein sog. Verkehrsdisplay (auf Zeit) zur Verfügung zu stellen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.5

Erhalt der Bürgerberatungsfiliale Gadderbaum durch Aufstockung der Aufgaben

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1120/2014-2020

(Anmerkung der Schriftführerin: Die Tagesordnung ist aus Gründen der Dringlichkeit um diesen Punkt erweitert worden, Beschlussfassung s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

Antrag der SPD-Fraktion:

Entgegen dem Vorschlag der Verwaltung, die Bürgerberatung weiter zu zentralisieren, beantragt die Bezirksvertretung Gadderbaum die Erhaltung der Bürgerberatungsfiliale, ggf. durch Verlagerung weiterer Aufgaben aus der zentralen Verwaltung nach Gadderbaum.

Herr Heimbeck begründet den Antrag.

Herr Brunnert weist darauf hin, dass die zentrale Bürgerberatung in Mitte seines Wissens in nächster Zeit renoviert würde und in diesem Zeitraum in die ehemaligen Räumlichkeiten der Stadtbibliothek am Amerikahaus

umziehe. Er erachtet diese Vorgehensweise als sehr kontraproduktiv, wenn zeitgleich andere Filialen im Umkreis geschlossen werden sollten. Im Übrigen bittet er darum, den Antragstext wie folgt abzuändern:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum beantragt die Erhaltung der Bürgerberatungsfiliale, ggf. durch Verlagerung weiterer Aufgaben aus der zentralen Verwaltung nach Gadderbaum.

Die Formulierung „Entgegen dem Vorschlag der Verwaltung, die Bürgerberatung weiter zu zentralisieren“ halte er für einen Beschlusstext entbehrlich.

Herr Spilker zeigt sich irritiert darüber, dass die SPD-Fraktion erneut einen Antrag auf Erhalt der Bürgerberatungsfiliale stelle, da ein gleich lautender Antrag bereits im März 2013 einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen worden sei. Er hinterfragt kritisch, warum dieser Antrag nicht weiter verfolgt worden sei, so dass jetzt schon wieder über die Schließung von Filialen diskutiert werden müsse.

Frau Schneider entgegnet, dass die beabsichtigte Schließung der Bürgerberatungsfiliale u. A. in Gadderbaum in 2013 zunächst ein verwaltungsseitiger Vorschlag im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gewesen sei. Nachdem über 1.100 Unterschriften für den Erhalt der Filiale gesammelt worden und an Herrn Dezernent Dr. Witthaus übergeben worden seien, sei die Schließungsabsicht von der Verwaltung nicht weiter verfolgt worden. Hierbei handele es sich somit um einen neuen Sachverhalt. Des Weiteren müsse man bedenken, dass der Aufgabenbereich der bezirklichen Bürgerberatung nicht entfalle, dieser würde lediglich örtlich verlagert. Und auch an einem neuen Standort, der Bürgerberatung in Mitte, müsste Raummiete gezahlt werden, die mit den jetzigen Mietaufwendungen sicherlich vergleichbar sei.

Herr Witte spricht sich grundsätzlich für den vorliegenden Antrag aus, wenn die Filiale in Gadderbaum auch tatsächlich hoch frequentiert werde. Dies würde sich vermutlich in der geplanten Organisationsuntersuchung zeigen. Zudem betont er, dass das geringe Einsparpotential bezüglich der Aufwendungen für die Miete des Büros im Haus Nazareth nicht ausschlaggebend für eine Entscheidung gegen den Erhalt der Bürgerberatungsfiliale sein könnten, da diese in Bezug auf den gesamtstädtischen Haushalt marginal seien.

Frau Osei erinnert daran, dass insbesondere in der Ortschaft Bethel viele Menschen leben würden, die nicht mobil genug seien, um ihre Angelegenheiten in Mitte zu regeln. Teilweise seien diese den Erfordernissen des ÖPNV eventuell nicht gewachsen, zudem könnte die Filiale in Mitte zu unübersichtlich und zu komplex für diesen Personenkreis seien. Diese Menschen bräuchten einen verlässlichen Ansprechpartner vor Ort.

Im Anschluss wird kontrovers diskutiert, ob weitere Aufgaben dezentralisiert werden könnten, welche dies sein würden und ob dafür überhaupt Kapazitäten in der Bürgerberatungsfiliale in Gadderbaum vorhanden seien. Letztendlich einigt sich die Bezirksvertretung darauf,

dass der Erhalt der bezirklichen Filiale das primäre Ziel sei, und ggf. –wenn die für das erste Halbjahr 2015 geplante Organisationsuntersuchung dies zeigen sollte- weitere Aufgaben dezentralisiert werden sollten.

Sodann ergeht folgender, vom ursprünglichen Antragstext abweichender,

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum beantragt die Erhaltung der Bürgerberatungsfiliale, ggf. durch Verlagerung weiterer Aufgaben aus der zentralen Verwaltung nach Gadderbaum.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Freibad Gadderbaum - Aktueller Sachstand

Frau Höxter erläutert für den Freibad Gadderbaum e.V. das Schreiben des Vereins vom 03.02.2015 an die Bezirksvertretung und die beigefügte Rechtsauskunft des Rechtsanwaltes Wilhelm Achelpöhler (*Hinweis der Schriftführerin: Dieses Schreiben liegt dem Oberbürgermeister, allen Mitgliedern der Bezirksvertretung Gadderbaum, den Ratsfraktionen und -gruppen, dem BBF Beirat und den vom Rat entsandten Mitgliedern im BBF Aufsichtsrat vor*). Frau Höxter weist darauf hin, dass die bisherigen Bauarbeiten im Freibad noch nicht als Sanierungsarbeiten gewertet werden könnten. Sie könnten gleichermaßen auch als Vorarbeiten für einen Abriss genommen werden. Der BBF-Aufsichtsrat werde am 25.03.2015 über die weiteren Planungen der Sanierung bezüglich des Freibadgebäudes entscheiden. Um kurzfristig auf eine problematische Entscheidung des BBF-Aufsichtsrates reagieren zu können, habe der Fördervereinsvorstand bereits einen Rechtsanwaltstermin für den 27.03.2015 vereinbart.

Herr Witte erkundigt sich, ob die in dem Bürgerentscheid angegebene Kostenschätzung rechtlich verpflichtend sei. Für 2015 seien im Haushaltsplan der Stadt Bielefeld 1,15 Millionen Euro eingestellt, fraglich sei, was in 2016 geschehe, wenn die rechtliche Bindungsfrist für den Entscheid abgelaufen sei. Darüber hinaus hinterfragt er, wie Mehrkosten, die sicherlich in sechsstelliger Höhe anfielen, eingeplant bzw. kompensiert würden. Er äußert im Zusammenhang mit der langen Bearbeitung/Umsetzung des Entscheides die Befürchtung, dass in 2017 bereits niemand mehr das Freibad Gadderbaum vermissen werde.

Frau Höxter verweist zur Bedeutung der Kostenschätzung und einer damit verbundenen rechtlichen Verpflichtung auf das vorliegende Schreiben des Rechtsanwaltes Achelpöhler: Bindender Inhalt des Bürgerentscheides seien allein die beschlossenen Sanierungsmaßnahmen; diese seien durchzuführen, unabhängig davon, welche Kosten für die Sanierung tatsächlich erforderlich seien. Die

Durchführung der Sanierung könne folglich nicht abgelehnt werden, weil höhere Kosten entstünden, als nach der Kostenschätzung der Verwaltung seinerseits erwartet worden seien.

Im Übrigen merkt Frau Höxter an, dass der Freibadförderverein zzt. ein Plus bei den Mitgliederzahlen verzeichne und man sich sehr auf das sanierte Freibad freue.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Bezirksbudgets 2015 für den Stadtbezirk Gadderbaum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0784/2014-2020

Frau Pfaff verweist auf die Beschlussvorlage, über die in der heutigen Sitzung in zweiter Lesung beraten werden soll, und in diesem Zusammenhang auch auf den Vermerk über die projektbezogene Sitzung „Haushalt“ am 29.01.2015 (*Anmerkung der Schriftführerin: Dieser ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt*).

Herr Spilker merkt an, dass er sich angesichts der unklaren Haushaltslage der Stadt Bielefeld und der andauernden Unkenntnis, inwiefern tatsächlich Ausgaben reduziert werden könnten, enthalten werde.

Herr Heimbeck äußert sein Unverständnis über die Aufwendungen für die Grünunterhaltung in sechsstelliger Höhe und ärgert sich über die rein theoretische Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung in Bezug auf die Verwendung der Mittel. Hier seien noch immer keine Fortschritte zu erkennen, was einen möglichen Grünflächenpflegeplan betreffe.

Die Bezirksvertretung beschließt, getrennt über die einzelnen Punkte der Beschlussvorlage abzustimmen und fasst anschließend folgenden, vom ursprünglichen Beschlussvorschlag abweichenden,

Beschluss:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen

- **11.01.87 Stadtbezirksmanagement Gadderbaum
(Haushaltsplanentwurf 2015, Band II, S. 279f.)**

wird zugestimmt.

-einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen-

- **11.01.97 Bezirksvertretung Gadderbaum**

(Haushaltsplanentwurf 2015, Band II, S. 331f.)

wird zugestimmt.

-einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen-

- **11.13.14 Bezirksliches Grün Stadtbezirk Gadderbaum**
(Haushaltsplanentwurf 2015, Band II, S.1170f.)

wird zugestimmt.

13 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

- somit mit großer Mehrheit abgelehnt-

2. Den Teilergebnisplänen der Produktgruppen

11.01.87 im Jahre 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 17,00 Euro und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 50.654 Euro (s. Haushaltsplanentwurf 2015, Band II, S. 282 - 283)

wird zugestimmt.

-einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen-

11.01.97 im Jahre 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 91,00 Euro und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 55.311 Euro (s. Haushaltsplanentwurf 2015, Band II, S. 334 - 335)

wird zugestimmt.

-einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen-

11.13.14 im Jahre 2015 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0,00 Euro und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 220.101 Euro (s. Haushaltsplanentwurf 2015, Band II, S. 1.173 - 1.174)

wird zugestimmt.

13 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

- somit mit großer Mehrheit abgelehnt-

3. Der Anlage zum Haushaltsplan mit den bezirksbezogenen Angaben - Bezirkshaushalt (Haushaltsplanentwurf 2015, Band II, S. 1.339 – 1.347) - wird bezogen auf

- **die ordentlichen Erträge mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum in Höhe von 0,00 Euro**

zugestimmt.

- einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen-

- **die ordentlichen Aufwendungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum in Höhe von 220.101 Euro**

zugestimmt.

13 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

- somit mit großer Mehrheit abgelehnt-

- **die ordentlichen Aufwendungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum in Höhe von 10.875 Euro**

zugestimmt.

- einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen-

- **die Einzahlungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum in Höhe von 0,00 Euro**

zugestimmt.

- einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen-

- **die Auszahlungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum in Höhe von 50.974 Euro**

zugestimmt.

-einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen-

- **die ordentlichen Erträge mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum in Höhe von 108,00 Euro**

zugestimmt.

-einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen-

- **die ordentlichen Aufwendungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum in Höhe von 110.054 Euro**

zugestimmt.

-einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen-

- **die Einzahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum in Höhe von 960.000 Euro**

zugestimmt.

-einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen-

- **die Auszahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum in Höhe von 1.154.150 Euro**

zugestimmt.

-einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen-

4. Den Planungen des Umweltbetriebes in Bezug auf die für den Stadtbezirk Gadderbaum im Jahr 2015 vorgesehenen

Investitionsmaßnahmen (s. Anlage 1 der Vorlage) wird zugestimmt.

-einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen-

5. Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Leitung des Umweltbetriebs um eine zeitnahe Berichterstattung in einer der nächsten Sitzungen, um über den aktuellen Sachstand und die vorgesehenen Planungsschritte in Bezug auf bezirkliche Grünflächenpflege zu informieren.

-einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen-

6. Die schulischen Sondermittel in Höhe von 182,00 Euro, die in 2015 für die Martinschule eingeplant sind, können von der Schule eigenverantwortlich bewirtschaftet werden.

-einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen-

Zu Punkt 8

Anmeldezahlen und Klassenbildungen der städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2015/16

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0861/2014-2020

Die Bezirksvertretung nimmt die Anmeldezahlen und Klassenbildungen der städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2015/2016 zur Kenntnis.

Zu Punkt 9

Bericht 2015 über Infrastruktur im Bielefelder Straßenraum

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0890/2014-2020

Herr Dörner, Amt für Verkehr, berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation zur Vorlage (*Anmerkung der Schriftführerin: Diese ist als Anlage zur Vorlage im Informationssystem der Stadt Bielefeld elektronisch hinterlegt*) und geht im Anschluss auf Fragen aus der Mitte der Bezirksvertretung ein.

Frau Schneider begrüßt ausdrücklich, dass auf den Druck und Versand der 24 Seiten umfassenden Präsentation aus Gründen der Kostenersparnis verzichtet worden sei. Darüber hinaus erkundigt sie sich

zum vorgestellten 1:100.000-Faktor und fragt nach, ob diese Erkenntnis vor dem Neubau von Straßen berücksichtigt werden würde.

Herr Dörner erklärt, dass ein verkehrliches Aufkommen stets vorab berechnet werde, um die künftige Belastung für die Straße einzuschätzen. Allerdings könnten eventuelle Unwägbarkeiten wie Umleitungen oder die Einziehung von Straßen nicht berücksichtigt werden.

Frau Osei hinterfragt kritisch, wer die Mehrkosten für den Ausbau der Friedrich-List-Straße übernehmen werde, wenn dort –auf Grund des Neubaus der Fa. Oetker- zukünftig mehr LKW fahren würden.

Frau Pfaff verweist diesen Punkt in die nächste projektbezogene Sitzung „Tiefbau und Verkehr“.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10 Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2015/2016

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1019/2014-2020

Frau Busch-Viet, Jugendamt, berichtet zur Vorlage und verteilt dazu als Tischvorlage einen korrigierten Beschlussvorschlag der Verwaltung, weil es in einigen Bezirken kurzfristige Änderungen gegeben habe. Sie weist insbesondere darauf hin, dass Gadderbaum überdurchschnittlich gut aufgestellt sei und hohe Versorgungsquoten aufweise.

Auf Nachfrage von Herrn Heimbeck erläutert Frau Busch-Viet, dass es im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügige Änderungen in der Tagesbetreuung im Bereich des Stadtbezirks Gadderbaum gebe, da in der Tagespflege drei Plätze weniger vorgesehen seien.

Frau Schneider begrüßt die vorgestellte Planung und äußert sich positiv darüber, dass die in Gadderbaum bzw. Bethel ansässigen großen Arbeitgeber entsprechend mit eingeplant und bei der Anzahl der Plätze berücksichtigt würden.

Soweit es den Stadtbezirk Gadderbaum betrifft, fasst die Bezirksvertretung -gemäß der verteilten Tischvorlage- folgenden, vom ursprünglichen Beschlussvorschlag abweichenden,

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretungen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2015/2016 und deren Verteilung entsprechend der Anlage 1 und der Anlage 2 unter Berücksichtigung der unter 4.

dargestellten Änderungen fest und beauftragen die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2015 an das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW zu melden:

Gruppenform		Platzzahl* Tageseinrichtungen	davon unter 3 Jahren	davon über 3 Jahren	Platzzahl Tagespflege
I = Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulung	Ia (25 Std.)	258	1.216	3.159	
	Ib (35 Std.)	1.571			
	Ic (45 Std.)	2.546			
II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	IIa (25 Std.)	17	17		
	IIb (35 Std.)	406	406		
	IIc (45 Std.)	1.109	1.109		
III = Kinder im Alter von drei Jahren und älter	IIIa (25 Std.)	469		469	
	IIIb (35 Std.)	2.016		2.016	
	IIIc (45 Std.)	3.163		3.163	
Summe		11.555	2.748	8.807	815

*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (11.555 + 815 = 12.370) und der Gesamtzahl der Plätze (12.502) ergeben sich aus der Tatsache, dass 132 Plätze nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 45 Plätze in den sog. Intensivhorten sowie 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).

2. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 131 Plätze für Kinder mit Behinderung (Integrationsplätze) anzumelden. Kinder, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nachzumelden.

3. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2014/2015 beauftragt, die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung zu gegebener Zeit für das Haushaltsjahr 2016 vorzunehmen bzw. den Haushalt 2015 unter Berücksichtigung der Veränderungen

umzusetzen.

4. Die Anlage 2 ist für Einrichtungen in den Stadtbezirken Brackwede, Mitte und Senne zu ändern.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegt kein Bericht der Verwaltung vor.

-.-.-

